

INHALT

RECHTE SZENE	2
„Spalter und Systemlinge“	2
<i>Nach der Aufkündigung des Deutschland-Paktes mit der DVU geht es der NPD jetzt um die Dominanz im rechtsextremen Lager.</i>	
Saubere Ratsherren	3
<i>Mehrere NPD-Kommunalpolitiker sind bereits mit der Justiz in Konflikt geraten und/oder waren in mittlerweile verbotenen Neonazi-Organisationen aktiv.</i>	
„Angriff auf die Ehre“	5
<i>Weiteres Gerichtsurteil gegen Altnazi-Aktivistin Ursula Haverbeck.</i>	
NS-Verklärung	6
<i>In Wolfsburg gründeten Neonazi-Kader einen „Kraft durch Freude“-Museumsverein.</i>	
AUSLAND	6
Knappe Niederlage	6
<i>Im nordfranzösischen Hénin-Beaumont erhält der Front National 47,6 Prozent, schafft es aber nicht, das Rathaus zu erobern.</i>	
Auf Partnersuche	7
<i>Im neuen Europäischen Parlament formieren sich die Rechtsaußenparteien. Die FPÖ, der Front National und der Vlaams Belang sind bisher noch fraktionslos.</i>	
Nahkampfausbildung	8
<i>Die neonazistische „Ungarische Nationale Front“ wirbt für ein weiteres paramilitärisches Lager.</i>	
BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE	9
Späte Helden	9
<i>Es hat viele Jahre gedauert, ehe die Männer des 20. Juli 1944 in Deutschland als ehrenhafte Widerstandskämpfer anerkannt worden sind.</i>	
Vernichtung und Völkermord	10
<i>„Abgründe und Hoffnungen“ – eine Ausstellung zum 70. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen zeigt den Krieg und die Besatzungszeit.</i>	
MELDUNGEN	11

RECHTE SZENE

„Spalter und Systemlinge“

Nach der Aufkündigung des Deutschland-Paktes mit der DVU geht es der NPD jetzt um die Dominanz im rechts-extremen Lager.

Der Streit über die Aufkündigung des Deutschland-Paktes zeigt nicht nur Differenzen zwischen NPD und DVU auf. Wie zu erwarten, bleibt auch die NPD im Inneren gespalten. Zwar muss NPD-Chef Udo Voigt nicht mehr mit Widerspruch im Bundesvorstand rechnen, weil die interne Opposition nach seiner Wiederwahl die Besetzung dieses Gremiums dem Mehrheitsflügel überlassen hatte. Aber die Voigt-Gegner melden sich nach wie vor öffentlich und von außerhalb zu Wort. Nach der Absage der NPD-Spitze an den Deutschland-Pakt war es Holger Apfel, der als erster wider den Stachel löckte. Der Parteivorstand werde künftig mit dem Vorwurf des Verrats leben müssen, befand der sächsische Fraktionsvorsitzende. Verträge seien Ehrensache, schob er nach – und: „Die NPD wird es mit so einem Verhalten schwer haben, künftig auch nur noch einen Leasing-Vertrag für ein Kopiergerät zu erhalten.“ Derart ermutigt, traute sich auch Frank Franz, Vorsitzender an der Saar, an die Öffentlichkeit: Die NPD habe „ihre Glaubwürdigkeit völlig verloren“, ließ er in seinem wöchentlichen Video-Podcast wissen.

Die Riege um Voigt lässt sich durch diese Kritik freilich nicht stören. Sie fühlt sich derzeit obenauf. Entsprechend forsch hatte der Vorstand ungeachtet eigener Probleme – von der miserablen Kassenlage über den internen Zwist bis hin zu den zuletzt ja auch bei ihr selten gewordenen Wahlerfolgen – die rechte Konkurrenz von der DVU abgeburstet. Sie habe „bei den letzten Wahlen kaum finanzielle und personelle Mittel eingesetzt“, sodass keine Erfolge hätten erzielt werden können. DVU-Chef Matthias Faust habe zudem „öffentlich unwidersprochen“ die NPD und einzelne ihrer Führungspersonen scharf angegriffen. Fazit: Der Deutschland-Pakt sei „politisch überholt“. Die letzten Wahlen hätten gezeigt, „dass es dem Wähler nicht mehr vermittelbar ist, dass einmal die NPD, dann wieder die DVU und zwischendurch auch noch die Republikaner antreten“, erklärte der Vorstand. Der DVU biete sich jetzt „die historische Gelegenheit, auf eine veränderte Situation schnell zu reagieren, den immer wieder von ihrem neuen Bundesvorsitzenden angekündigten Zusammenschluss mit der NPD energisch zu betreiben“.

Die NPD will die DVU aus dem Weg räumen und dabei die aus ihrer Sicht aktuell günstigen Umstände nutzen. Die DVU hat seit fünf Jahren keine überzeugenden Wahlergebnisse mehr eingefahren. Ihre Mitgliederzahlen befinden sich im steten Sinkflug. Sie muss auf die einst im Bedarfsfall üppig geflossenen Gelder ihres Gründers Gerhard Frey verzichten. Ihr Vorsitzender hat zwar schon manche Partei von innen gesehen – von der CDU über die Republikaner und die NPD bis hin zur DVU –, mit den Ränkeschmieden der NPD kann er aber nicht mithalten.

Faust bemüht sich um ein Projekt, dessen Erfolgsaussichten zwar sehr gering sind, das aber nicht komplett chancenlos ist: die Entwicklung der DVU hin zu einer echten Partei. Dazu gehört beispielsweise die Wiederbelebung von Landesverbänden sowie die Neugründung von Ortsverbänden oder des Jugendverbandes „Die Junge Rechte“, als dessen Vorsitzender der Ex-Republikaner Tony Fiedler Anfang Juli gewählt wurde. Faust-Berater Christian Worch sieht genau in diesen Bemühungen, die DVU zu reaktivieren, die Ursache für die Aufkündigung des Deutschland-Paktes zum jetzigen Zeitpunkt: „Wäre man seitens der NPD-Führung wirklich davon ausgegangen, die DVU würde ohne das Frey'sche Geld still und leise vor sich hinsiechen und in absehbarer Zeit ohne wahrnehmbare Bedeutung sein, so hätte man diesen Vertragsbruch nicht nötig gehabt und hätte sich damit nicht den Ruf einhandeln müssen, handlungs- und vertragsunwürdig zu sein.“

Retourkutsche bei der Bundestagswahl als „angemessene Strafe für den Betrug“

Faust hatte zunächst empört auf die Aufkündigung des Paktes reagiert und weitere Gespräche quasi ausgeschlossen: „Mit einer Parteiführung, die aus egoistischen, machtpolitischen Gründen eine über mehrere Jahre bestehende Vereinbarung einfach so für nichtig erklärt, wird es ganz sicher keine vertrauensvolle Zusammenarbeit geben.“ Mit dem Abstand von einer Woche bemühte sich der DVU-Bundesvorstand um eine weniger schroffe Absage an die NPD. Trotz des Vertragsbruchs der NPD-Führung bleibe die „Einheit der deutschen Rechten“ ein „realistisches Ziel“, so Faust nun. Die DVU schlug vor, dass die NPD in Brandenburg doch nicht für den Landtag kandidiere und die DVU umgekehrt die NPD

RECHTE SZENE

für den Bundestagswahlkampf unterstütze – „etwa durch gemeinsame Plakate“. Für Anfang September, so die DVU, solle ein „Gründungskongress für eine gemeinsame Rechte anvisiert“ werden. Einzuladen wären „nicht nur die Bundesvorstände von NPD und DVU, sondern auch die der REP und der Pro-Partei sowie unabhängige Köpfe der deutschen Rechten wie Peter Dehoust oder Harald Neubauer“. Vorbereitend solle von „unabhängigen Persönlichkeiten“ ein „Eckprogramm“ erarbeitet werden, das für alle Parteien konsensfähig wäre. „Alle Parteien müssten dann auf Führungspersonal verzichten und bei Positionen zurückstecken, die über dieses Eckpunkteprogramm gehen.“

Gleichzeitig versuchte Faust zu signalisieren, dass die DVU gar nicht so wehrlos sei: Sollte die NPD nicht gesprächsbereit sein, werde die DVU zur Bundestagswahl antreten. Das wäre zwar völlig ohne Aussicht auf einen wahlpolitischen Erfolg und von der DVU organisatorisch kaum zu schultern. Aber darum geht es auch gar nicht. Worch: „Was sind die Folgen, wenn bei einem solchen Antritt – ohne sonstige Kosten – die DVU auch nur 0,2 Prozent bekommt? 0,2 Prozent, die die NPD weniger bekommt. Entsprechend weniger Geld aus der Staatskasse.“ Die Retourkutsche bei der Bundestagswahl erscheint ihm jedenfalls als „eine angemessene Strafe für Betrug“.

Die NPD ließ sich allerdings trotz dieser Drohung nicht davon abhalten, ihre Landesliste mit dem zum Bundesgeschäftsführer aufgestiegenen langjährigen Pressesprecher Klaus Beier an der Spitze aufzustellen. Die Truppe um Voigt hat auch nicht das geringste Interesse daran, an der Bildung einer geeinten Rechten nach Fausts Muster mitzuwirken. Ihr geht es um Dominanz im rechten Lager: entweder indem sich die DVU freiwillig unterordnet oder indem sie durch Konkurrenzkandidaturen wie in Brandenburg in die Knie gezwungen wird. Voigts Idee eines „Zusammenschlusses“ der beiden Parteien beruht auf der Vorgabe, dass bei den eigenen radikalen Positionen keinerlei Abstriche zu machen sind. Thomas Wulff, einst radikaler Flügelmann der NPD, inzwischen aber schon fast Mainstream im Bundesvorstand, meinte, durch „Spalter und Systemlinge“ werde man sich nicht noch einmal die Erfolge gefährden lassen.

Tomas Sager

Saubere Ratsherren

Mehrere NPD-Kommunalpolitiker sind bereits mit der Justiz in Konflikt geraten und/oder waren in mittlerweile verbotenen Neonazi-Organisationen aktiv.

Nach den Kommunalwahlen am 7. Juni verfügt die rechtsextreme NPD jetzt über rund 310 kommunale Mandate in insgesamt 13 Bundesländern. Unter den neu gewählten NPD-Kommunalpolitikern finden sich Personen, die verurteilt, knasterfahren sind und/oder in verbotenen Neonazi-Organisationen tätig waren.

Mehrfach verurteilt und knasterfahren ist der „einschlägig bekannte Neonazi“ (Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern) Sven Krüger aus Jameln. Der frischgebackene NPD-Abgeordnete des Kreistages in Nordwestmecklenburg lieferte im Sommer 1996 tagelang bundesweite Schlagzeilen. Krüger war Rädelsführer einer Neonazi-Gang, die am Campingplatz Leisten (Plau am See) eine westdeutsche Jugendgruppe krankenhaushausreif schlug. In den 90er Jahren wurde Krüger unter anderem wegen Landfriedensbruch, Überfall und einer angezettelten Gefängnismeuterei verurteilt. Der Name des verurteilten Gewalttäters findet sich bereits im Adressenverzeichnis der 1991 verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF).

Erneut in die Stadtvertretung im südwestmecklenburgischen Ludwigslust gewählt wurde der polizeibekannte NPD-Aktivist Klaus Bärthel, in dessen „Wolf-Verlag“ das Hetzblatt „Zentralorgan“ erschien. In der letzten Ausgabe, 2001, fand sich der Slogan „Juden raus – aus Österreich“ auf dem Deckblatt. Wegen Volksverhetzung erhielt Bärthel deswegen eine Geldstrafe.

Andreas Theißen, nun NPD-Stadtrat in Lübbtheen, gehörte der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend“ (WJ) an. Der Wahlkreismitarbeiter von Udo Pastörs, des NPD-Fraktionsvorsitzenden im Schweriner Landtag, war 1999 vom Amtsgericht Hagenow wegen vorsätzlichen und fahrlässigen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz zu einer Freiheitsstrafe von 15 Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Das Amtsgericht Schwerin verurteilte Theißen im April 2008 wegen Körperverletzung und Nötigung zu einer Geldstrafe von 1000 Euro. Nach Auffassung des Gerichts hatte Theißen am Abend der Landtagswahl im

RECHTE SZENE

September 2006 einen Kameramann gewaltsam abgedrängt, der sich dabei verletzte.

David Petereit, mecklenburg-vorpommerscher NPD-Landesvize, galt als Kopf der im Mai verbotenen „Mecklenburgischen Aktionsfront“ (MAF). „Die MAF verherrlicht den Nationalsozialismus, sie äußert sich antisemitisch und rassistisch“ begründete Innenminister Lorenz Caffier das Verbot. Petereit rückte für die NPD-Fraktionsmitarbeiterin Franziska Vorpahl in die Rostocker Bürgerschaft nach, da diese ihr Mandat nicht wahrnimmt. Ihr neu erworbenes Mandat im Ludwigsluster Kreistag tritt auch Marianne Pastörs nicht an. Sie verzichtete zugunsten des NPD-Landeschefs und Landtagsabgeordneten Stefan Köster, ehemals Anhänger der WJ. Wie Theißen und Petereit tummelte sich Köster auch bei der im April verbotenen Neonazi-Truppe „Heimatreue Deutsche Jugend“ (HDJ). Bei der HDJ gerne gesehen waren auch Michael Gielnik, NPD-Vertreter im Landkreis Ostvorpommern, Tino Müller, Landtagsparlamentarier und Mandatsträger im Landkreis Uecker-Randow, sowie Torgai Klingebiel, Kreistagsabgeordneter im Landkreis Ludwigslust.

Volksverhetzung und schwere Körperverletzung

Im Kreistag im thüringischen Eichsfeld vertritt jetzt Thorsten Heise die NPD. Heise, NPD-Bundes- und Landesvorstandsmitglied, war niedersächsischer Landeschef der 1995 verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP). Der NPD-Multifunktionär ist unter anderem wegen Volksverhetzung, schwerer Körperverletzung, Landfriedensbruch und Nötigung verurteilt. Frank Schwerdt, NPD-Bundesvize und Landesvorsitzender in Thüringen, ist Stadtrat in Erfurt. Der Ex-CDU-Politiker wurde im April wegen Volksverhetzung und Beleidigung vom Amtsgericht Berlin-Tiergarten zu einer zehnmonatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. Überdies muss er 2000 Euro an Unicef zahlen. Anlass war ein NPD-Kalender, mit dem bei der Fußball-Weltmeisterschaft in rassistischer Manier gegen einen dunkelhäutigen Nationalspieler gehetzt wurde. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Von Mitte 1998 bis Mai 1999 verbüßte Schwerdt in der Justizvollzugsanstalt Berlin-Tegel eine Haftstrafe wegen Volksverhetzung und Verbreitung von Propagandamitteln sowie Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen im Zusammenhang mit dem Neonazi-Blatt „Der Schulungsbrief“. Ab De-

zember 1999 trat Schwerdt in der JVA Berlin-Plötzensee eine sechsmonatige Haftstrafe im offenen Vollzug an. Schwerdt hatte die gewaltverherrlichende CD „unsere Einigkeit macht uns zur Macht“ produziert und den Verkauf organisiert.

Klaus Acker, der für die NPD in den Kreistag von Pirmasens, Rheinland-Pfalz, eingezogen ist, war zeitweilig Landesvorsitzender der FAP. Szene-Angaben zufolge nahm Acker an „Veranstaltungen mit eindeutig nationalsozialistischem Charakter“ teil. Im Stadtrat von Pirmasens ist jetzt Markus Walter vertreten. Walter wurde 2003 wegen Schändung des Jüdischen Friedhofs in Busenberg, Beschmierens eines Aussiedlerheims und weiterer rechtsextremer Straftaten zu einer zweijährigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. In dem NS-Untergrundblatt „Reichsruf“ bekannte Walter vor Jahren: „Ich bin Nationalsozialist“. Safet Babic, Redaktionsmitglied der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“, ist Stadtrat in Trier. Im Mai war Babic vorübergehend festgenommen worden – wegen möglicher gefährlicher Körperverletzung. Babic, gegen den die Staatsanwaltschaft auch wegen Volksverhetzung ermittelt, war laut Medienberichten an einem gewalttätigen Übergriff gegen einen jungen Mann in der Trierer Innenstadt beteiligt.

Das Amtsgericht Tübingen verurteilte im Juli 2003 Janus Nowak wegen Wahl- und Urkundenfälschung zu einer achtmonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung. Nowak, ehemals NPD-Landesgeschäftsführer, hatte bei der baden-württembergischen Landtagswahl 2001 Unterschriften gefälscht, damit die NPD zugelassen werden konnte. Der NPD-Landesvize sitzt jetzt im Kreistag der Stadt Böblingen.

Matthias Jacobi, Ex-Aktivist der 2001 verbotenen Neonazi-Truppe „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS/Aufbauorganisation), kann ab sofort mit seinem wieder gewählten Vater Michael Jacobi an den Gemeinderatsitzungen in Reinhardtsdorf-Schöna im Landkreis Schweiz-Osterzgebirge teilnehmen. 22 Prozent erzielte die NPD in dem sächsischen Nest. In Stolpen im Landkreis Schweiz-Osterzgebirge holte der ehemalige SSS-Aktivist Martin Schaffrath ebenfalls ein Gemeinderatsmandat.

Anton Maegerle

RECHTE SZENE

„Angriff auf die Ehre“

Weiteres Gerichtsurteil gegen Altnazi-Aktivistin Ursula Haverbeck.

Die 80-jährige Ursula Haverbeck aus dem ostwestfälischen Vlotho ist vor dem Amtsgericht in Bad Oeynhausen erneut verurteilt worden. Die Vorsitzende Richterin sah es als erwiesen an, dass die ehemalige Funktionärin des inzwischen verbotenen „Collegiums Humanum“ die Präsidentin des Zentralrates der Juden, Charlotte Knobloch, in einem Brief persönlich beleidigt habe und verurteilte sie am 2. Juli zu einer Gesamtgeldstrafe von 2700 Euro. Knobloch hatte sich den Ärger des Kreises um das „Collegium Humanum“ zugezogen, als sie sich öffentlich für ein Verbot des Neonazi-Bildungszentrums eingesetzt hatte. Die mehrfach wegen Volksverhetzung verurteilte Altnazi-Aktivistin Haverbeck schrieb daraufhin Anfang 2008 an den Zentralrat in Berlin zu Händen der Präsidentin. In dem Brief soll es unter anderem geheißen haben: „Machen Sie so weiter wie bisher, dann könnte sich ein neues Pogrom ereignen, das entsetzlich würde ...“. Eine andere Stelle des Briefes lautete demnach: „Bereiten Sie sich auf den Tag der Wahrheit vor. Er ist nahe und nicht mehr aufzuhalten.“

Nach Ansicht der Richterin habe die Angeklagte zwar ein „bedrohliches Szenario“ aufgebaut, von einer Bedrohung könne dennoch nicht gesprochen werden. Die Anklage lautete auf Beleidigung, so habe Haverbeck die Ange-schriebene sinngemäß aufgefordert, in ihr „Ursprungs-land“ zurückzukehren und ihr das Recht abgesprochen, sich in „innerdeutsche Angelegenheiten“ einzumischen. „Das ist ein Angriff auf die Ehre“, konstatierte die Richterin entschlossen.

Zuvor hatte ein Zuschauer im prall gefüllten Saal 16 des Amtsgerichtes gerufen: „Wenn man eine Ehre hat“. Ein anderer, aggressiv an die Wand gelehnt, hatte laut flüsternd gefordert: „Auge um Auge, Zahn um Zahn“. Zahlreiche Gefolgsleute von Haverbeck waren angereist. Immer wieder kam es zu Versuchen, mit Gelächter, Zwischenrufen oder Kommentaren zu stören. Haverbecks Anwalt, der letzte Chef der 1994 verbotenen neonazistischen „Wiking-Jugend“ Wolfram Nahrath aus Berlin, hatte angedeutet, dass seine Mandantin die Anklage als „kreiierte“ Absprache eines „Konglomerates“ empfand. Im Plädoyer versuchte der rechte Anwalt, den Vorfall als

„kleinen politischen Schlagabtausch“ zweier scheinbar gleichwertiger Vereinigungen darzustellen. „Wir sind nicht im Kindergarten oder beim Zuckerwattewerfen“, so Nahrath. So sei der Brief von Frau Haverbeck nur als „Warnung“ verstanden worden, als Warnung an den Zentralrat, „sich nicht zu weit aus dem Fenster zu hängen“. Dann fielen Phrasen wie „Zahl der Juden wächst“, „Geduld des deutschen Volkes“ sei scheinbar am Ende – und Frau Haverbeck wolle keine „Blutbäder“. In bekannter Opfermanier war von angeblichen „Sonderrechten“ der Juden die Rede, die jedoch nicht für ihren Verein, das „Collegium Humanum“ gegolten hätten.

Pflichtschuldig gegenüber ihrer Zuhörerschaft sprang auch die rüstige Rentnerin im blauen Kostüm mit weißem Kragen anschließend auf, um den Worten Nahraths noch eine eigene Rede hinzufügen. Kerzengerade stehend, mit arroganter Attitüde in Richtung der Oberstaatsanwältin, verkündete die ehemalige „pädagogische Mitarbeiterin in der Erwachsenenbildung“ Haverbeck, sie hätte ja auch beleidigt sein können. Immerhin habe Knobloch „Gerüchte und Verleumdungen“ aus der Zeitung übernommen, ohne sie jemals direkt angesprochen zu haben. Haverbeck stellte sich in eine Reihe mit angeblichen Opfern demokratischer Rechtsprechung und öffentlicher Kritik wie unter anderen Martin Hohmann, Reinhard Günzel oder Richard Williamson. Insgesamt schlugen Haverbeck und ihr Anwalt anbiedernde Töne an, die nicht allen Zuhörern zu gefallen schienen. Haverbeck endete mit einem Zitat des Philosophen Spinoza, der „keinen Unterschied“ zwischem „dem einzelnen Juden“ und den Heiden gesehen hätte. Rigolf Hennig, NPD-Stadtratsmitglied aus Verden, klatschte nicht. Haverbeck verließ eilig alleine das Gericht. Bernhard Schaub, Teilnehmer an der Holocaust-Konferenz 2006 in Teheran und ehemaliger Lehrer, nutzte die Zeit nach dem Prozess, um eigene Flugblätter zu verteilen. Wolfgang Hackert verkaufte sein im Deutsche Stimme-Verlag erschienenen Buch „Wem nützt rechte Gewalt“ für 10 Euro an Verdener Neonazis.

Die jetzt verhängte Gesamtstrafe wird der Revisionistin Haverbeck nicht allzu viel Sorgen bereiten. Ihre verordneten Raten per Dauerauftrag sind so niedrig gehalten, dass noch nicht einmal die alte Strafe für Volksverhetzung abgegolten ist.

Andrea Röpke

RECHTE SZENE

NS-Verklärung

In Wolfsburg gründeten Neonazi-Kader einen „Kraft durch Freude“-Museumsverein.

„Stadt des KdF-Wagens“ prangt in großen Buchstaben auf einem Transparent aus den Fenstern eines Wolfsburger Möbelhauses. Dort versammelten sich am ersten Samstag im Juli rund 100 Rechtsextreme zur Gründung eines szeneeigenen Museumsvereins. Sie folgten damit dem Aufruf der „Initiative für ein KdF-Museum“ um die Neonazis Jürgen Rieger und Thomas „Steiner“ Wulff. Vor dem Treffen hatte die Stadt Wolfsburg versucht, die Nutzung des Gebäudes zu untersagen, jedoch wurde das Verbot in einer Eilentscheidung des Oberverwaltungsgerichts aufgehoben.

Laut den „Freien Nationalisten Köln“ ist die subjektive und „ungestörte“ Darstellung der „Arbeit der ‚Deutschen Arbeitsfront‘ und des von ihr geschaffenen ‚Kraft durch Freude‘-Werkes“ das Ziel des Vereins. Dass es dabei nur um revanchistische Verklärung der massenwirksamsten Organisationen des NS-Regimes gehen kann, wird schnell deutlich, wenn von einer Arbeit jenseits von „staatlicher Einmischung in die Geschichtsschreibung“ geredet wird.

Neben den beiden NPD-Vorstandsmitgliedern Rieger und Wulff waren unter anderem auch Andreas Biere aus Magdeburg und Dieter Riefling aus Hildesheim anwesend. Bevor die Neonazis nach eigenen Angaben bei „Grillfleisch und Bier“ dem thüringischen Liedermacher „Thorstein“ alias Torsten Hering lauschen konnten, wurden „verschiedene historische Filme“ geschaut und mit „über 20 Kameradinnen und Kameraden“ die Gründung des „Vereins für ein KDF-MUSEUM e.V. I.G.“ vollzogen. Auch der erste „VW-Schwimmwagen“ aus der Zeit des Nationalsozialismus wurde ausgestellt, vorerst aber nur als Modell. Denn noch kann die Stadt weiter juristisch gegen das geplante Museum gegenüber des VW-Werks vorgehen. Am Samstagnachmittag kam es vor dem Möbelhaus zu einem tätlichen Angriff von anreisenden Neonazis auf einen Pressefotografen. Laut Pressemeldungen prüft die Staatsanwaltschaft Braunschweig derzeit, ob das Flugblatt, mit dem zu der Veranstaltung eingeladen wurde, strafrechtlich relevant sei.

Maik Baumgärtner

AUSLAND

Knappe Niederlage

Im nordfranzösischen Hénin-Beaumont erhält der rechts-extreme Front National 47,6 Prozent, schafft es aber nicht, das Rathaus zu erobern.

Die Anhänger der extremen Rechten können sehr schlechte Verlierer sein: Kaum war der parteiunabhängige Mitte-Links-Kandidat Daniel Duquenne am Abend des 5. Juli zum Bürgermeister der nordostfranzösischen früheren Bergbaustadt Hénin-Beaumont gewählt worden, griffen „Unbekannte“ ihn mit einer Tränengasgranate an. Duquenne, dem die Granate zwischen die Füße fiel – er erklärte später in einem Interview: „Ich glaubte (im ersten Moment), mein Tod stehe bevor“ – wurde daraufhin schleunigst in einem Auto evakuiert. Eine rechtsextreme Sympathisantin und Wählerin aus der Stadt wird daraufhin durch die Nachrichtenagentur AFP mit den Worten zitiert: „Es gibt keine Aussöhnung, wir werden Hénin-Beaumont ohnehin verlassen!“

Unterdessen hielt die Polizei Gegendemonstranten vom, teilweise kahlgeschorenen, Ordnerdienst im örtlichen Büro des Front National (FN) fern – und umgekehrt. Bis zum Abend des 5. Juli sah es so aus, als habe der FN gute Aussichten, die dortige Rathauswahl in der entscheidenden zweiten Runde gewinnen. Die Liste des rechtsextremen FN hatte im ersten Wahlgang am 28. Juni 39,43 Prozent erhalten und lag damit in Führungsposition. Demgegenüber traten die anderen Parteien, vor allem jene des eher linken Lagers, zersplittert auf. Die parteiunabhängige Liste des früheren Sozialdemokraten Duquenne lag mit 20,1 Prozent auf dem zweiten Platz, die konservative Regierungspartei UMP landete mit 4,3 Prozent weit abgeschlagen.

In der Stichwahl acht Tage später holte die Liste des FN dann 47,62 Prozent der abgegebenen Stimmen, jene des Mitte-Links-Kandidaten Daniel Duquenne 52,38 Prozent. Die rechtsextreme Kandidatur, angeführt vom örtlichen Parteiaktivisten Steeve Briois und Marine Le Pen auf dem zweiten Listenplatz, lag um 530 Stimmen zurück. Beobachter hielten es im Vorfeld zunächst für möglich, dass der FN sich durchsetzen könne. Die örtliche Linke war in den vergangenen Monaten durch Korruptionsskandale erschüttert worden.

Bernhard Schmid

AUSLAND

Auf Partnersuche

Im neuen Europäischen Parlament formieren sich die Rechtsaußenparteien. Die FPÖ, der Front National und der Vlaams Belang sind bisher noch fraktionslos.

Das Anfang Juni neu gewählte Europäische Parlament hat schon eine Rechtsaußenfraktion. In ihr sind allerdings bislang nicht alle rechtsextremen, nationalpopulistischen, rechtskonservativen oder autoritären Parteien der Staaten, die in dem Parlament vertreten sind, zusammengeschlossen. Wichtige Rechtsaußenkräfte wie der französische Front National (FN) oder die österreichische FPÖ sind bislang noch auf der Suche nach Zusammenarbeitsmöglichkeiten.

Am 1. Juli hatten sich acht nationalistische Parteien, die insgesamt 30 Abgeordnetensitze inne haben, auf die Bildung einer gemeinsamen Fraktion geeinigt. Sie soll auf den blumigen Namen „Europa der Freiheit und Demokratie“ hören. Ihren Vorsitz wird der britische Europaparlamentarier Nigel Farage von der United Kingdom Independence Party (UKIP), die bei der Wahl im Juni über 17 Prozent der britischen Stimmen und 13 Mandate erhielt, haben. Ferner zählt zu der künftigen Fraktion die rassistische Lega Nord aus Italien, die dort der Berlusconi-Regierung mit eigenen Ministern angehörte. Sie hatte bei der Europawahl 10,2 Prozent der Stimmen erhalten und damit, gegenüber 2004, um fast vier Prozent zugelegt. Sie stellt neun Europaparlamentarier.

Auch mittun bei der gemeinsamen Fraktion wird etwa die extrem rechte „Orthodoxe Gesamtbewegung des Volkes“ LAOS aus Griechenland, die mit 7,2 Prozent ihren Stimmenanteil gegenüber 2004 fast verdoppeln konnte. Die Dänische Volkspartei (DFP), die für ihre rassistische Orientierung vor allem gegenüber muslimischen Einwanderern bekannt ist und seit Herbst 2001 die konservativ-liberale Regierung Dänemarks toleriert, hält ebenfalls zwei Sitze. Genauso wie die „Wahren Finnen“ (Perussuomalaiset, PS), die mit zehn Prozent der Stimmen zu den Überraschungssiegern bei der Europaparlamentswahl zählten. Je einen Sitz unter den künftigen Fraktionsmitgliedern halten das Mouvement pour la France („Bewegung für Frankreich“) des nationalkonservativen Grafen und Rechtskatholiken Philippe de Villiers und die Slowakische Nationalpartei (SNS). Letztere

regiert in Bratislava mit, zusammen mit den dortigen Sozialdemokraten unter Robert Fico, und ist neben der italienischen Lega Nord die zweite Regierungspartei in der künftigen Fraktion. Die niederländische protestantisch-fundamentalistische SGP rundet das Bild ab.

Die Mehrheit der Mitgliedsparteien von „Europa der Freiheit und Demokratie“ gehörten in der vergangenen Legislaturperiode der rechtskonservativen, EU-kritischen Fraktion „Union für ein Europa der Nationen“ an. Hingegen bildeten rechtsextreme, rassistische beziehungsweise neofaschistische Rechtsaußenparteien im Jahr 2007 vorübergehend eine eigene Fraktion unter dem Titel „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS), die nach einigen Monaten auseinanderbrach. Für eine Fraktionsbildung, und damit ein Anrecht auf den Fraktionsstatus und die damit einhergehenden finanziellen Mittel zu erwerben, sind nunmehr 25 Mandate erforderlich.

Der FN aus Frankreich und der Vlaams Belang sind bislang aber ebenso wie die FPÖ noch fraktionslos. Am 3. Juli berichtete die Tageszeitung „Der Standard“, dass die FPÖ sich um Anschluss an die neue Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“ bemühe. Die Zeitung zitiert den FPÖ-Europa-Abgeordneten Andreas Mölzer mit den Worten: „Wir stehen in Verhandlungen“.

Die offen rechtsextreme British National Party (BNP), die am 4. Juni über sechs Prozent der Stimmen und zwei Mandate erhielt und erstmals seit ihrer Gründung 1982 im Europaparlament vertreten ist, stößt offenbar auf Vorbehalte. Der britische „Telegraph“ schrieb am 7. Juli, BNP-Chef Nick Griffin habe seine „Niederlage“ bei dem Bemühen um die Formierung einer Parlamentariergruppe eingeräumt. Gespräche hätten mit dem Front National, dem Vlaams Belang, der bulgarischen Ataka und der nationalistisch-antisemitischen Jobbik aus Ungarn stattgefunden. Daraus sei jedoch keine gemeinsame Fraktionsbildung (in hinreichender Stärke) erwachsen. Angesprochen worden sei auch die Lega Nord, die jedoch lieber auf Abstand geblieben sei. Nunmehr wolle die BNP sich um eine „informelle“ Zusammenarbeit besonders mit den Abgeordneten von FN (Frankreich) und Vlaams Belang bemühen.

Bernhard Schmid

AUSLAND

Nahkampfausbildung

Die neonazistische „Ungarische Nationale Front“ wirbt für ein weiteres paramilitärisches Lager.

„Junge ungarische Nationalisten zwecks militärischer Grundausbildung gesucht!“. Mit diesen Zeilen bewirbt die militante „Ungarische Nationale Front“ ein paramilitärisches Ausbildungslager der Neonazi-Szene, das vom 10. bis 14. Juli stattfinden soll. Bereits Anfang Mai hatte die „Ungarische Nationale Front“ (Magyar Nemzeti Arcvonal; MNA) ein ähnliches Lager beworben. Die uniformierte und schwer bewaffnete Anhängerschaft der Gruppierung trainierten dort für den Ernstfall. Granatenwerfen, Nahkampf sowie der Umgang mit Schusswaffen standen auf dem Programm, denn in dem öffentlich beworbenen Waffenlager sollten „praktische, militärische Grundkenntnisse“ vermittelt werden.

Aus ihrer politischen Zielsetzung macht die militante Organisation dabei kein Geheimnis. „Ungeeignet und unwürdig“ sei die ungarische Regierung, ein Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung stehe kurz bevor. Auf die Zeit des Umbruchs wolle man sich demnach vorbereiten. Die paramilitärische Veranstaltung im Mai wurde durch den „Wanderfalken“, einer Jugendorganisation der MNA, welche gleichzeitig als der „militärische Arm“ der Gruppierung in Erscheinung tritt, ausgerichtet. „Im militärischen Geiste“ wolle man die Jugendlichen erziehen, dafür stünde ein zentrales Ausbildungslager bereit. Auch ein spezielles Ausbildungsprogramm im Umgang mit Waffen für weibliche Unterstützer wurde angeboten. „Erfahrene Mitglieder“ der Gruppierung vermittelten im Verlauf der Zusammenkunft die „Grundlagen der Waffentechnik“, des Schießens mit scharfer Munition sowie der Überwindung von Hindernissen. Militärischer Drill gehörte ebenso zum Trainingsprogramm wie das Einüben von speziellen Wurftechniken für den Einsatz von Granaten und die Grundlagen von Nahkampftechniken.

Ziel des Ausbildungsprogramms ist die Aufstellung paramilitärischer Einheiten in dem EU-Mitgliedsland. Die MNA sieht sich dabei in Opposition zur derzeitigen Regierung unter Ministerpräsident Gordon Bajnai. Dieser hatte erst im April 2009 die Regierungsgeschäfte übernommen, nachdem sein Vorgänger Ferenc Gyurcsán auf dem bisherigen Höhepunkt der wirtschaftlichen Krise in

Ungarn und anhaltender regierungsfeindlicher Demonstrationen in der Hauptstadt Budapest sein Amt niederlegte. Bei den heftigen Ausschreitungen im Verlauf der wochenlangen Proteste standen zahlreiche Mitglieder rechtsextremer und neonazistischer Gruppierungen in vorderster Front und lieferten sich Straßenschlachten mit Sicherheitskräften und der Polizei. Die „Ungarische Nationale Front“ ist allerdings nur eine von Dutzenden neonazistischer Splittergruppen, welche gemeinsam mit rechtsextremen Parteien die in ihren Augen „jüdische Interessenspolitik“ der „verweichlichten“ ungarischen Regierung bekämpfen und destabilisieren will.

Der Name „Ungarische Nationale Front“ steht dabei für eine der ältesten neonazistischen Gruppierungen Ungarns. Im Jahr 1989 offiziell gegründet, versteht sich die Gruppe als legitime Nachfolgeorganisation der „Hungarista Bewegung“. Diese nationalsozialistische Bewegung ist ihrerseits aus der 1935 gegründeten „Partei des nationalen Willens“ entstanden und wurde später unter der Bezeichnung „Pfeilkreuzer“ berühmt und berüchtigt. Nachdem Ungarn im Jahr 1944 durch NS-Deutschland besetzt wurde, kollaborierten die Pfeilkreuzer mit den Besatzern. Zehntausende jüdische Bürger wurden ermordet, Hunderttausende in die KZs und Vernichtungslager deportiert.

Für die „Ungarische Nationale Front“ kein negativer Makel: „Entschiedenenes Vorgehen gegen Zigeuner und jüdische Lebensart“, lautet eine der Voraussetzungen, welche die Anhänger erfüllen müssen. In dem paramilitärischen Ausbildungslager werden „unter anderem ... Themen wie Grundlagen des Gefechts, Nahkampf, Waffenkenntnisse, Stärkung der Ausdauer ... behandelt.“, heißt es in der Bewerbung der Veranstaltung. „Homosexuelle, Zigeunern und Juden ist eine Teilnahme verwehrt“, erklären die Neonazis auf ihrer Internetseite. Dort wirbt die Gruppe auch mit einem Film für das Lager. In dem veröffentlichten Video stürmen bewaffnete paramilitärische Einheiten Gebäude und üben sich in nächtlichen Kommandoaktionen. Die Gefahr wächst, dass in Ungarn die anhaltenden, zum Teil gewaltsamen Aktionen auf der Straße in der Zukunft durch eine eventuelle Beteiligung militärischer Gruppierungen ergänzt werden könnten.

Andre Aden

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE

Späte Helden

Es hat viele Jahre gedauert, ehe die Männer des 20. Juli 1944 in Deutschland als ehrenhafte Widerstandskämpfer anerkannt worden sind.

Begibt man sich in der deutschen Geschichte auf die Suche nach einem Gedenktag, den alle Frauen und Männer mittragen, wird man gewiss auf den 9. November 1989 stoßen. Der Tag, an dem die Teilung des Landes zu Ende ging, dürfte unumstritten sein. Beim 20. Juli 1944, an dem einige mutige Deutsche zum letzten Mal versuchten, Hitler zu töten, den Zweiten Weltkrieg in Europa zu beenden und die Befreiung des Kontinents einzuleiten, war das anders. Es vergingen viele Jahre, ehe hier Konsens hergestellt werden konnte. Vor allem alte konservative Offiziere konnten sich nicht daran gewöhnen, dass es gute Gründe geben kann, einen Eid zu brechen. Mit dieser Frage mussten sich alle Soldaten und Offiziere auseinandersetzen, die vor 65 Jahren versucht haben, den Tyrannen Hitler zu beseitigen.

Dabei was es beileibe nicht der erste Versuch, Hitler zu töten. Erinnert sei an den 8. November 1939, als Georg Elser im Bürgerbräukeller in München eine Bombe hoch gehen ließ, während Hitler sprechen sollte. Hitler verließ den Raum aber früher und entging so dem Anschlag. In anderen Fällen wollten ihn tapfere Männer bei der Vorführung neuer Waffen oder erbeuteten Kriegsmaterials töten. Hitler überlebte alle Anschläge. Die „Vorsehung“ sei eben mit ihm, prahlte er häufig.

Ähnlich verlief der Anschlag vom 20. Juli 1944. Dabei erwies sich die Vorbereitung als sorgfältig und vorausschauend. An den Schaltstellen in Berlin und anderen wichtigen Orten in Deutschland waren Mittäter bereit, zu helfen. In besetzten Ländern war das schwierig, aber in Paris hatten sich einflussreiche Kommandeure bereit erklärt, zu gegebener Zeit alle SS- und Gestapostellen zu besetzen. Was die Initiatoren nicht bedacht hatten: Die Kommunikationen waren nicht aufeinander abgestimmt. Wer gibt die entscheidenden Befehle zum Losschlagen? Kurzum, es herrschte unmittelbar nach der Explosion in Hitlers Hauptquartier in der Wolfsschanze bei Rastenburg im damaligen Ostpreußen Verwirrung. Claus von Stauffenberg, der die Sprengkörper in den Sitzungsraum geschmuggelt hatte, war bereits auf dem Rückweg nach Berlin, als es zur Explosion kam. Er konnte zwar noch

sehen, wie die Baracke in die Luft flog. Er folgerte daraus, Hitler könne nicht überlebt haben. Aber sehen konnte er dessen Leiche nicht. So flog er mit der Sicherheit nach Berlin, der Diktator sei tot. Das aber war er nicht. Aus verschiedenen Gründen, unter anderem wegen der drückenden Sommerhitze, war die Sitzung aus einem der vielen Bunker auf den Gelände der „Wolfsschanze“ in eine Holzbaracke verlegt worden. Der Sprengkörper stand zwar wie geplant unmittelbar neben Hitler unter einem Tisch, aber nur die Hälfte der vorgesehenen Menge. Stauffenberg hatte es eilig. So blieb ihm keine Zeit, in das zweite Paket den Zünder einzubauen. Entscheiden dürfte gewesen sein, dass der Sprengstoff seine volle Kraft in der Baracke nicht entfalten konnte, weil die dünnen Holzwände durch den Druck auseinander geborsten waren. Neben kleinen Verletzungen überlebte Hitler den Anschlag.

In der Reichshauptstadt wurden die entscheidenden militärischen Dienststellen im Bendlerblock von regime-treuen Einheiten besetzt. Damit war der Putsch gescheitert. Nur in Paris verlief alles nach Plan. SS und Gestapo wurden entmachteter. Die neue Führung stand auf Seiten des Widerstandes.

In Berlin wurden noch am selben Tag Stauffenberg, Oberst Albrecht von Quirnheim, General Friedrich Olbricht und Oberleutnant Werner von Haeften im Hof des Bendlerblocks standrechtlich erschossen. Generaloberst Ludwig Beck, der Staatspräsident werden sollte, hatte versucht, sich das Leben zu nehmen. Der Versuch scheiterte, der schwer kranke Beck wurde ebenfalls erschossen. Kurz darauf trat in Berlin der Volksgerichtshof unter seinem Präsidenten, dem gefürchteten Roland Freisler, zusammen.

Die Todesurteile wurden wie am Fließband verhängt und am Galgen vollstreckt – mit Klaviersaiten, wodurch der Tod nur langsam eintrat. Die Vollstreckung wurde auf Befehl Hitlers gefilmt. Der Diktator soll sich die Aufnahme später immer wieder angesehen haben.

In der Bundesrepublik Deutschland hat es viele Jahre gedauert, ehe die Attentäter als ehrenhafte Widerstandskämpfer anerkannt worden sind. Ähnlich viel Zeit verging bekanntlich, ehe der 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung gewürdigt werden konnte.

Heiner Lichtenstein

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE

Vernichtung und Völkermord

„Abgründe und Hoffnungen“ – eine Ausstellung zum 70. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen zeigt den Krieg und die Besatzungszeit.

Um mit den Abgründen zu beginnen: „Hinsichtlich der Behandlung der Polenfrage“, so beginnt die „Anweisung Nr. 1306“, die das Reichspropagandaministerium am 24. Oktober 1939 allen deutschen Zeitungen erteilt, „gilt folgendes ... Es muss auch der letzten Kuhmagd in Deutschland klargemacht werden, dass das Polentum gleichwertig ist mit Untermenschentum. Polen, Juden und Zigeuner stehen auf der gleichen unterwertigen menschlichen Stufe ... Dieser Tenor soll immer nur leitmotivartig anklingen und gelegentlich in feststehenden Begriffen wie ‚Polnische Wirtschaft‘, ‚Polnische Verkommenheit‘ und ähnlichen in Erscheinung treten, bis jeder in Deutschland jeden Polen, gleichgültig ob Landarbeiter oder Intellektuellen, im Unterbewusstsein schon als Ungeziefer ansieht.“

Zwei Tage später, am 26. Oktober 1939, wird in den bis dahin von der Wehrmacht besetzten zentralpolnischen Gebieten das „Generalgouvernement“ unter dem berichtigten Generalgouverneur Hans Frank errichtet. Er ist Hitler direkt unterstellt und residiert im Königsschloss in Krakau. Was mit dem Überfall am 1. September begonnen hatte, dem „Auftakt zum Vernichtungskrieg“, ist jetzt tägliche Realität bis zum Ende der deutschen Besatzung: Massenerschießungen von Zivilisten und Kriegsgefangenen, systematische Ermordung der Juden, Vernichtung der polnischen Führungsschicht, Vertreibung, Kolonisierung und Verschleppung zur Zwangsarbeit, ökonomische Ausplünderung und systematische Zerstörung des kulturellen Erbes.

Krieg und Besatzungszeit von 1939 bis 1945, das finstere Kapitel in der Geschichte der Beziehungen zwischen Deutschen und Polen, stehen im Zentrum dieser von einem deutsch-polnischen Historikerkollegium einvernehmlich erarbeiteten, ausgewogenen und didaktisch klug aufbereiteten Ausstellung in einem düsteren, über eine Art Korridor zu erreichenden Raum. Filmausschnitte und Fotos, Zitate und zahlreiche Objekte illustrieren, konzentriert und übersichtlich, den Überfall der Deutschen Wehrmacht und die Jahre der Besatzung, Zwangsarbeit,

Kolonisierung, Vertreibung, Vernichtung und Völkermord. Dargestellt wird aber auch der polnische Selbstbehauptungswillen. Denn schon gleich nach der Niederlage bildeten sich zivile und militärische Untergrundorganisationen unterschiedlicher politischer Richtung: Es „entstand ein Untergrundstaat, der über ein Parlament, ein geheimes Bildungs-, Sozialfürsorge- und Justizsystem verfügte und eigene Zeitungen herausgab“ (S.162).

Auf Befehl Hitlers wurde Warschau systematisch dem Erdboden gleichgemacht

Schwer zu ertragen sind die Foto- und Filmaufnahmen aus dem Warschauer Ghetto. Dokumentiert wird der Aufstand, der am 19. April 1943 begann und nach vier Wochen von der SS niedergeschlagen wurde, ebenso der Warschauer Aufstand der polnischen Heimatarmee vom 1. August 1944, dem bis zu 180 000 Menschen zum Opfer fielen. Die Polen kapitulierten am 2. Oktober. Auf Befehl Hitlers wurde die Stadt vom 3. Oktober bis zum 16. Januar 1945, dem letzten Tag der deutschen Besatzung, systematisch Block für Block dem Erdboden gleichgemacht. Baudenkmäler wurden gesprengt, ebenso Bibliotheken, Archive, Museen, das Königliche Schloss sowie die gesamte Infrastruktur.

Eingeleitet wird dieser zentrale Abschnitt durch einen kurzen Überblick über die wechselvollen deutsch-polnischen Beziehungen seit dem 18. Jahrhundert. Ausführlicher und anschaulich werden die Folgen behandelt: die Vertreibungen der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße sowie der polnischen aus den ehemaligen ostpolnischen Gebieten, ferner die windungsreichen und in beiden deutschen Staaten jeweils unterschiedlich verlaufenden Phasen einer Annäherung. – Das Begleitbuch enthält einige Aufsätze und den reich bebilderten Katalogteil.

Die Ausstellung „Deutsche und Polen – 1.9.39 – Abgründe und Hoffnungen“ wird bis zum 6. September 2009 im Deutschen Historischen Museum, Unter den Linden 2, 10117 Berlin gezeigt (www.dhm.de).

Deutsche und Polen, Abgründe und Hoffnungen, hrsg. von Burkhard Asmuss und Bernd Ulrich, Dresden 2009, Sandstein Verlag, 272 Seiten, 20 Euro.

Theo Meier-Ewert

MELDUNGEN

DVU-Fraktion in Dortmund zerbrochen

Dortmund – Der Streit zwischen NPD und DVU auf Bundesebene hat nun dafür gesorgt, dass die DVU im Dortmunder Stadtrat ihren Fraktionsstatus verliert. „Aufgrund der bedauerlichen Äußerungen des DVU-Bundesvorsitzenden und der daraus ersichtlichen feindseligen Haltung gegenüber der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) sah sich der Dortmunder NPD-Kreisvorstand veranlasst, die Arbeit in der gemeinsamen Stadtratsfraktion mit sofortiger Wirkung zu beenden“, ließ die NPD verlauten. Ratsmitglied Axel Thieme, der Anfang des Jahres der NPD beigetreten, aber Mitglied der DVU-Fraktion geblieben war, erklärte seinen Austritt aus der vom Landes- und Kreisvorsitzenden Max Branghofer geführten Fraktion, die bisher drei Mitglieder zählte. Damit verliert die DVU auch die mit dem Fraktionsstatus verknüpften Privilegien, darunter ihre Räume im Stadthaus. Oberbürgermeister Gerhard Langemeyer forderte zudem den Fraktionszuschuss für das dritte Quartal 2009 in Höhe von 10 250 Euro zurück. Glaubt man der NPD, versuchte Branghofer mit einem finanziellen Angebot das Ende der Fraktion zu vermeiden: „400 Euro monatlich bot er, wenn Thieme dafür sorgen würde, dass die technische Fraktion bis Oktober bestand hat.“ (ts)

Auf dem „Sprung in den Landtag“

Erfurt – Bei der Landtagswahl in Thüringen am 30. August tritt die NPD flächendeckend an. In allen 44 Wahlkreisen stellt die rechtsextreme Partei Direktkandidaten. Eigenangaben der NPD zufolge stehen ihr 160 000 Euro als Wahlkampfbudget zur Verfügung. Patrick Wieschke, NPD-Landeswahlkampfleiter und thüringischer NPD-Landesvize, gab jetzt anlässlich einer Pressekonferenz in Kirchheim bekannt, dass 40 000 Plakate, 1 000 000 Zeitungen, 800 000 Handzettel und Broschüren sowie 50 000 Jungwählerflugblätter im Rahmen des Wahlkampfes landesweit verteilt werden sollen. NPD-Spitzenkandidat ist Frank Schwerdt (Jg. 1944), seit 2001 NPD-Landesvorsitzender sowie Leiter der Rechtsabteilung des NPD-Bundesvorstands. Der knasterfahrene Schwerdt ist „sicher“, dass die NPD mit dem Wahlprogramm unter dem Titel „Arbeit. Familie. Heimat“ den „Sprung in den Landtag“ schaffen werde. Seine nächste längere Rede wird Schwerdt am 11. Juli beim „Nationalen Open Air“ in Gera halten. (am)

Konzert zum „Antikriegstag“

Dortmund – Zur Unterstützung des geplanten Neonazi-Aufmarschs zum „Nationalen Antikriegstag“ am 5. September in Dortmund soll zwei Wochen zuvor ein Konzert mit fünf Rechtsrock-Bands stattfinden. Auf einem Flyer, der in der Szene per E-Mail verbreitet wird, werden fünf deutsche Bands angekündigt: „Stahlgewitter“, „Radikahl“, „Kommando Skin“, „Rotte Charlotte“ und „Libertin“. Als Termin des Konzerts wird der 22. August genannt. Bedeckt halten sich die Organisatoren, die sich das Label „Identity Project“ gegeben haben, bei der Angabe des Veranstaltungsorts. Verraten wird nur, es werde „in Western Europe“ stattfinden. In der Vergangenheit waren Neonazis aus Nordrhein-Westfalen mit ihren Konzerten häufig nach Belgien oder in die Niederlande ausgewichen. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:

Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:

Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöfel

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de